



**Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und
Fremdenfeindlichkeit
Pressemitteilung**

Wien, 18. Dezember 2006

Ausgabe: 17-06-DE

**VERÖFFENTLICHUNG GESPERRT BIS: 18. Dezember, 12.00 Uhr
(MEZ)**

**EUMC präsentiert Berichte über Diskriminierung und
Islamophobie in der EU**

Der Bericht „Muslime in der Europäischen Union: Diskriminierung und Islamophobie“, der heute von der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (EUMC) veröffentlicht wird, präsentiert vorliegende Daten zur Diskriminierung von Muslimen in den Bereichen Beschäftigung, Bildung und Wohnungswesen. Islamophobie manifestiert sich weiters in Akten von verbalen Drohungen bis hin zu körperlichen Übergriffen gegen Personen und Eigentum. Der Bericht unterstreicht, dass Art und Ausmaß der gegen europäische Muslime gerichteten islamophoben Vorfälle nach wie vor unzureichend dokumentiert und gemeldet werden. In dem Bericht empfiehlt das EUMC den Mitgliedstaaten, das Berichtswesen über Vorfälle zu verbessern und effektivere Maßnahmen zur wirksamen Bekämpfung von Diskriminierung und Rassismus einzuführen. Diskriminierung ist rechtswidrig und könnte das Zugehörigkeitsgefühl von Muslimen zur EU untergraben.

„Dieser Bericht präsentiert vorliegende Daten, die das Ausmaß der Diskriminierung aufzeigen, unter der europäische Muslime leiden“, stellte Beate Winkler, Direktorin des EUMC, fest. „Er unterstreicht, wie anfällig Muslime für Diskriminierungen sind, und dass größere Anstrengungen unternommen werden müssen, damit europäische Muslime das Recht auf Gleichbehandlung und dieselbe Lebensqualität anderer Europäer verwirklichen können. Der Bericht verdeutlicht, dass Muslime – so wie andere Migrantengruppen und Minderheitsgruppen - häufig unter verschiedenen Formen der Diskriminierung leiden, die ihre Jobchancen vermindern und ihre Bildungserfolge beeinträchtigen. Dies könnte Hoffnungslosigkeit erzeugen und das Zugehörigkeitsgefühl von Muslimen zur EU untergraben.“

Der Bericht zeigt Beispiele von islamophoben Handlungen auf, die von verbalen Beschimpfungen bis hin zu körperlichen Angriffen und Brandstiftung reichen. „Ein solches Verhalten ist rechtswidrig. Politiker sind aufgerufen, die Gleichbehandlung aller Europäer zu gewährleisten, unabhängig von ihrer Herkunft“, so Beate Winkler.

In dem Bericht wird hervorgehoben, dass nur ein Mitgliedstaat – das Vereinigte Königreich - Kriminalstatistiken veröffentlicht, die Muslime gesondert als Opfer von durch Hass motivierte Straftaten ausweisen.

Anastasia Crickley, Vorsitzende des EUMC-Verwaltungsrats, merkte an, dass es sich aufgrund mangelhafter oder fehlender amtlicher Daten erneut als schwierig erwiesen habe, die genaue Art der von Muslimen erlittenen Diskriminierung zu messen: „Die Arbeit des EUMC, Regierungen bei einer

European Monitoring Centre
on Racism and Xenophobia

Observatoire Européen des
Phénomènes Racistes et
Xénophobes

Europäische Stelle zur
Beobachtung von
Rassismus und
Fremdenfeindlichkeit

EUMC
Rahlgasse 3
A – 1060 Vienna
Austria

tel. +43 (1) 580 30 - 642
fax +43 (1) 580 30 - 693
media@eumc.europa.eu
<http://eumc.europa.eu>

wirksamen Politik im Bereich von Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit zu unterstützen, erfordert Informationen darüber, mit welchen Problemen wir konfrontiert sind. Das Unvermögen vieler Mitgliedstaaten, aussagekräftige Daten zu erfassen, bedeutet, dass es sehr schwierig ist, praktikable politische Maßnahmen zur Bekämpfung von Rassismus zu entwickeln.“

SEITE 2/3

Das EUMC führt zahlreiche aus verschiedenen Mitgliedstaaten stammende Beispiele von bewährten Praktiken nationaler oder lokaler Regierungen, Nichtregierungsorganisationen und anderer auf, und schlägt in seinem Bericht eine Reihe weiterer praktischer Schritte vor. Das EUMC stellt fest, dass die Verbesserung des Bildungserfolgs, die Gewährung von Gleichbehandlung in der Beschäftigung, der gleichberechtigte Zugang zu Wohnraum und die Förderung der Teilnahme am öffentlichen Leben Schlüsselbereiche sind, die angegangen werden müssen, besonders auf lokaler und regionaler Ebene. Das EUMC fordert alle Mitgliedstaaten auf, die EU-Antidiskriminierungsrichtlinien nachdrücklich anzuwenden und dafür zu sorgen, dass die Gleichbehandlungsstellen, die in jedem Mitgliedstaat eingerichtet worden sind, mit angemessenen Ressourcen ausgestattet werden.

Der Bericht gibt einen Überblick über die Lage der Muslime in den 25 EU-Mitgliedstaaten, so wie frühere Veröffentlichungen der Beobachtungsstelle über die Lage der Juden, Roma und anderer Gruppen in der EU berichtet hatten. Er stellt Forschungsergebnisse vor und analysiert statistische Daten. Es wird aufgezeigt, dass Muslime als Gruppe in Niedriglohnsektoren der Wirtschaft überrepräsentiert sind. Ihr Bildungserfolg liegt im Allgemeinen unter dem Durchschnitt, und die Arbeitslosenquoten sind überdurchschnittlich hoch. Sie sind in Gebieten mit schlechteren Wohnbedingungen häufig überproportional vertreten.

Das EUMC veröffentlicht gleichzeitig eine weitere Studie über „Wahrnehmung von Diskriminierung und Islamophobie“. Diese Studie beruht auf eingehenden Interviews mit Mitgliedern muslimischer Organisationen und muslimischer Jugendgruppen in zehn EU-Mitgliedstaaten. Die Interviews stellen eine Momentaufnahme der Meinungen, Gefühle, Ängste, Frustrationen und auch der Hoffnungen für die Zukunft dar, die von vielen Muslimen in der EU geteilt werden.

„Integration ist ein beiderseitiger Prozess. Viele europäische Muslime räumen ein, dass sie mehr tun müssen, um sich in die Gesellschaft einzubringen. Aber gleichzeitig müssen auch die Politiker in Europa größere Anstrengungen unternehmen, um einen sinnvollen interkulturellen Dialog zu fördern und Rassismus, Diskriminierung und Marginalisierung wirksamer entgegenzutreten“, so Beate Winkler. „Diskriminierung und Rassismus sind rechtswidrig. Eine wesentliche Herausforderung besteht darin, den Zusammenhalt in den europäischen Gesellschaften zu stärken. Dies bedeutet Achtung der Vielfalt, Aufrechterhaltung der Grundrechte und Gewährleistung von Chancengleichheit für uns alle.“

Die Berichte „Muslime in der Europäischen Union: Diskriminierung und Islamophobie“ (Muslims in the European Union: Discrimination and Islamophobia) und „Wahrnehmung von Diskriminierung und Islamophobie“

(Perceptions of Discrimination and Islamophobia) können ab 18. Dezember 2006, 12.00 Uhr, auf <http://eumc.europa.eu> heruntergeladen werden.

SEITE 3/3

Für weitere Informationen und Interviews kontaktieren Sie bitte das EUMC Media Team unter +43 (1) 580 30-642 oder unter media@eumc.europa.eu

Hinweise für die Redaktion:

- Das EUMC wurde 1997 durch die Verordnung des Rates Nr. 1035/97 (EG) gegründet und hat seinen Sitz in Wien. Es ist eine Agentur der Europäischen Union. Das Hauptziel besteht in der Erfassung und Analyse objektiver, verlässlicher und vergleichbarer Daten und der Formulierung von Stellungnahmen und Schlussfolgerungen zur Unterstützung der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten bei der Durchführung von Maßnahmen oder der Formulierung von Vorgehensweisen gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus.
- Im Dezember 2006 vereinbarte der Rat für Justiz und Inneres der Europäischen Union, das Mandat des EUMC auszuweiten und es ab Anfang 2007 zur Europäischen Agentur für Grundrechte auszubauen. Weitere Informationen unter http://europa.eu.int/comm/justice_home/news/consulting_public/fundamental_rights_agency/index_en.htm
- Für Informationszwecke wurden Übersetzungen dieser Pressemitteilungen in alle EU-Sprachen und ins Arabische und Türkische bereitgestellt. Vorrangig gilt die englische Fassung.